



IHK NRW - Die Industrie- und Handelskammern  
in Nordrhein-Westfalen

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
18. WAHLPERIODE  
**NEUDRUCK  
STELLUNGNAHME  
18/749**  
Alle Abgeordneten

Ihre Ansprechpartner  
Jörg Winkelsträter  
Dr. Eckhard Göske

E-Mail  
Winkelstraeter@Niederrhein.ihk.de  
eckhard.goeske@ihk-nordwestfalen

Telefon  
0211 3670272

Datum  
01.09.2023

# STELLUNGNAHME

## **Stellungnahme von IHK NRW zu einer möglichen Rohstoffabgabe in NRW**

anlässlich der Anhörung im Wirtschaftsausschuss des Landtags am 8. September 2023

Die Anhörung im Wirtschaftsausschuss des Landtags zur möglichen Einführung einer Rohstoffabgabe möchten wir zum Anlass nehmen, eine Stellungnahme von IHK NRW in die Diskussion einzubringen.

Im Koalitionsvertrag der nordrhein-westfälischen Landesregierung wurde zum Jahr 2024 die Einführung einer noch näher zu bestimmenden Abgabe auf Kies und Sand vereinbart. Aus Sicht von IHK NRW wäre eine solche Abgabe vor dem Hintergrund der großen Herausforderungen bei Infrastrukturprojekten, der Verkehrs- und der Energiewende kontraproduktiv. Marode Brücken, Straßen, Stadtbahntunnel, Bahnstrecken und Radwege müssen neu gebaut oder saniert werden, neue Windenergieanlagen und Strommasten brauchen Fundamente. Staatlich verursachte Preissteigerungen bei Rohstoffen würden auch die Energiewende verteuern. Zugleich verfolgt die Bundesregierung die Zielsetzung, pro Jahr zusätzlich 400.000 Wohnungen bauen zu lassen. Für all diese Bauvorhaben braucht es zukünftig ausreichend Kies und Sand, um den benötigten Beton herstellen zu können. Mit den zur Verfügung stehenden Recycling- und Sekundärrohstoffen allein kann der allgemeine Bedarf nicht hinreichend gedeckt werden.

Bei der derzeitigen Nachfragesituation würde die Einführung einer Abgabe auf Kies und Sand nach unserer Einschätzung zu Preissteigerungen und Wettbewerbsverzerrungen führen, zumal die Bauzulieferindustrie bereits schon heute durch die Teilnahme am europäischen Emissionshandelsystem mit erheblichen Zusatzkosten belastet wird. Ein Sonderweg würde den Standort NRW im Vergleich mit den Nachbarbundesländern, in denen man günstiger bauen kann, schwächen. Davon wären die meisten Branchen der NRW-Wirtschaft und insbesondere die öffentlichen Haushalte – als größter Auftraggeber von Bauprojekten – betroffen.



Ob sich mit der angedachten Rohstoffabgabe die gewünschte Lenkungswirkung tatsächlich entfaltet kann, scheint nicht sicher. Erfahrungen mit anderen Steuern, wie etwa mit der Mineralölsteuer zeigen, dass die Nachfrage nicht zwingend mit einem Rückgang auf Steuererhöhungen reagiert. Hier spielt die Nachfrageelastizität eine Rolle. Bei den aktuellen äußerst umfassenden baulichen Notwendigkeiten in den Bereichen Infrastruktur und Wohnen muss davon ausgegangen werden, dass die Steuer ihre angedachte Lenkungswirkung verfehlt.

Zu befürchten ist vielmehr, dass eine Rohstoffabgabe lediglich eine weitere Preiserhöhung der baulichen Rohstoffe und schlussendlich des Bauens generell bewirkt, und es dadurch zu einem verstärkten Import der benötigten Rohstoffe von Abbaustätten außerhalb NRWs kommt. Gerade der Import dieser Rohstoffe aus Anrainer-Bundesländern bzw. dem Ausland ist aufgrund der hohen Gewichte und der zusätzlich zu zurückliegenden Distanzen der Baumaterialien mit schädlichen Umweltauswirkungen verbunden. Die Rohstoffabgabe würde somit Bemühungen in Sachen Klimaneutralität in diesem Bezug konterkarieren und für erwartbar steigende CO<sub>2</sub>-Emissionen sorgen.

IHK NRW regt daher an, auf ein monetäres Instrument der Lenkung zu verzichten. Stattdessen befürworten wir, die Rohstoffversorgung auf Ebene von EU, Bund und Land effektiver zu koordinieren und bedarfsgerecht auf Basis geeigneter und aufeinander abgestimmter Monitoringverfahren zu gestalten. Dies schließt sowohl eine ausreichende Flächenvorsorge zum Abbau von Primärrohstoffen ein als auch die Wiederverwendung bereits eingesetzter Materialien und den Einsatz von Alternativbaustoffen.

Um die bereits hohen Recyclingquoten zu steigern und weitere Potenziale für den Einsatz von Sekundärrohstoffen zu heben, sind neue Verfahren und technologische Entwicklungen notwendig. Wir empfehlen der Landesregierung, die entsprechenden Rahmenbedingungen für eine Nutzung dieser Potenziale zu schaffen. Dazu gehört u.a., Sekundärrohstoffe verstärkt bei öffentlichen Auftragsvergaben zu berücksichtigen und Forschungseinrichtungen zu initiieren, die sich mit Rohstoff- und Ressourceneffizienz im Sinne einer Kreislaufwirtschaft befassen.

IHK NRW bietet zudem ihre Unterstützung bei der Umsetzung einer entsprechenden landesweiten Rohstoffstrategie an. Die geplante NRW-Rohstoffstrategie sollte zudem mit den entsprechenden Vorhaben der Europäischen Union und der Bundesregierung koordiniert werden.

*IHK NRW ist der Zusammenschluss der 16 Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen. IHK NRW vertritt die Gesamtheit der IHKs in NRW gegenüber der Landesregierung, dem Landtag sowie den für die Kammerarbeit wichtigen Behörden und Organisationen.*